

Anmerkungen zur politischen Philosophie von Karl Jaspers

Autor(en): **Kränzle, Karl**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Studia philosophica : Schweizerische Zeitschrift für Philosophie =
Revue suisse de philosophie = Rivista svizzera della filosofia =
Swiss journal of philosophy**

Band (Jahr): **26 (1966)**

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-883293>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Anmerkungen zur politischen Philosophie von Karl Jaspers

Von Karl Kränzle

I. Einleitung

Sachbücher pflegen nicht selten so rezensiert zu werden, daß der Rezensent sich an einzelne inhaltliche Aussagen klammert, diesen beipflichtet oder sie ablehnt. Diese Art von Beurteilung hat auch das neueste Buch «Wohin treibt die Bundesrepublik?» in starkem Maß erfahren. Auf der einen Seite gibt es die Leute, die sich in ihren Affekten gegen Deutschland bestätigt fühlten und mit ihrem Lob geradezu verschwenderisch umgingen. Auf der andern Seite haben direkt Betroffene konkrete Äußerungen zum Nennwert genommen und auf Behauptungen mit Gegenbehauptungen reagiert, ohne Jaspers' Werk auf die philosophischen und erkenntniskritischen Voraussetzungen hin zu prüfen. Solche Kritik ist nicht immanent; es werden fremde Denk-Elemente in die Auseinandersetzung hereingetragen, die zum Teil in andern Prämissen gründen. Bevor wir nun hier den Versuch unternehmen, im analytischen Teil Jaspers' Beurteilung der bundesdeutschen Gegenwart aus dessen eigenen Voraussetzungen heraus zu verstehen, müssen wir zunächst noch eine grundsätzliche Wandlung im Begriff der Politik klären.

II. Wandlungen im Begriff der Politik

Wenn man sagt, Politik sei «die Kunst des Möglichen», so ist damit gemeint, ihr Wesen liege im Werten und Abwägen des Tragbaren und im Realisieren eines noch Unentschiedenen. Wir werden zeigen, wie fragwürdig diese Bestimmung in neuerer Zeit geworden ist. Pragmatische Bedürfnisse des Augenblicks diktieren oft das politische Handeln, und zwar ein Handeln, das sein Kriterium meistens in der «sachlichen» Richtigkeit eines Entscheids hat. Die Fälle häufen sich, in denen Volk oder Parlament nur noch vor die auswegslose Alter-

native gestellt werden, zwischen dem technisch Zweckmäßigen und seinem Gegenteil zu wählen.

Diese Art von politischem Handeln unterscheidet sich von dem, was als aristotelische Tradition bis an die Schwelle des 19. Jahrhunderts richtungsweisend blieb¹. Politik bildete während Jahrhunderten einen Teil der «praktischen» Philosophie. Wir können hier den Begriff der Praxis nicht im einzelnen, sondern nur so weit erörtern, wie er für unsere Betrachtung in Frage kommt. Es sei in diesem Zusammenhang auf die gründlichen Analysen von Jürgen Habermas in «Theorie und Praxis» und auf den Aufsatz «Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung» in der Festschrift für Hans Barth verwiesen. – Praxis bezog sich – im Unterschied zur Techne – grob gerechnet bis Vico und Kant auf das Mögliche, nie ganz Gewisse. Sie orientierte sich nicht primär an Sachen, sondern an Werten. Als Fortsetzung der Ethik appellierte sie an Freiheit und Verantwortung, nicht an zwingende Einsicht sogenannt exakten Erfahrungswissens.

Von diesem traditionellen Begriff unterscheidet sich unsere neuzeitliche Politik durch ihre zunehmende «Verwissenschaftlichung». Sie reduziert sich immer mehr auf die Bereitstellung jener technischen Mittel und Bedingungen, die den *politischen* Entscheid einengen oder gar präjudizieren. Unter *politischem* Entscheid verstehe ich hier jenen Akt, der nicht ausschließlich von rationaler Zweckmäßigkeit diktiert, sondern auch von verschiedenen strukturierten Bedürfnissen, Wertungen und Interessenlagen bedingt wird. Die Konsequenzen liegen auf der Hand: Individuum und Gesellschaft werden zu manipulierbaren Objekten. An die Stelle der Kommunikation, die der staatlichen Willensbildung und dem Konsensus vorausgehen sollte, treten politische Meinungsforschung und eine sogenannte «science of human relations», die den notwendigen Prozeß der Anpassung und Harmonisierung von Bedürfnissen und Interessen besorgen. Was diese moderne Politologie will und kann, ist weniger die Klärung des Situationsverständnisses und der daraus fließenden Maximen politischen Handelns; die Frage, was in einer gegebenen Lage politisch getan werden *soll*, ist suspendiert worden. Untersucht werden Regelmäßigkeiten in den sozialen Lebenszusammenhängen, und zwar vorwiegend nach den dem naturwissenschaftlichen Denken entlehnten Gesetzen der Kau-

¹ Das Verhältnis zwischen der klassischen Lehre von der Politik und der modernen Politologie hat JÜRGEN HABERMAS in «*Theorie und Praxis*», Neuwied 1963, in historischer und systematischer Sicht untersucht.

salität. Damit ist eine Problematik angedeutet, auf die wir noch zurückkommen werden. Hier mag zunächst der Hinweis genügen, daß politologische Hilfswissenschaften wie Oekonomie, Soziologie oder Psychologie ihr Objekt vorwiegend unter dem Gesichtspunkt seiner Quantifizierbarkeit betrachten. Gegenstand der Erforschung ist das empirisch Verifizierbare und rational Kalkulierbare. Das Subjekt als ein final handelndes Wesen, das sich Ziele setzt, Werte realisiert und für die Praxis einer verbindlichen Orientierung bedarf, geht als statistisch erfaßbare Größe ein in den Apparat und unterliegt hier den Gesetzen der kybernetischen Bewältigung sozialer und politischer Probleme. Praxis, verstanden als Aktualisierung der Freiheit, hat sich weitgehend in blosse Verfügung verwandelt.

Damit zusammen hängt das verbreitete Empfinden, der Politiker sei nur noch «Vollzugsorgan einer wissenschaftlichen Intelligenz» (Jürgen Habermas). Die sogenannte «Logik der Tatsachen», erarbeitet von einem Stab von Experten, ersetzt angeblich in wachsendem Maße die politische Deziision. Fragen, die ehemals den Kategorien der geistigen Auseinandersetzung unterstanden und deren Lösung immer auch ein Moment subjektiver Interessen und Wertungen enthielten, rücken zusehends stärker in den Horizont technokratischer Strategien.

Diese bisher nur formal-äußerliche Betrachtung bringt uns zu dem Prinzip der Problematik. Aus der kurz skizzierten Entwicklung ist schon der Schluß gezogen worden, die eigentlich politischen Entscheidungen rückten allmählich in den Bereich des nur mehr Fiktiven. In dieser Schlußfolgerung wirkt die Vorstellung mit, es sei grundsätzlich nur eine Frage der Zeit, bis auch der enge Spielraum, der heute noch für die deziisionistische Vertretung politischer Interessen bleibt, mit den Mitteln erfahrungswissenschaftlich gewonnener Techniken geschlossen werden kann. Das Ende wäre in diesem Fall die reine technokratische Herrschaft. Eine Herrschaft, in der Progression in Repression umschlägt und auf die Habermas' Bild einer «offenen Gesellschaft der Anstaltsinsassen» paßt, weil ein solches System nur funktionieren könnte, wenn Disziplinierung und Kalkulierbarkeit aller Lebensabläufe einen möglichst störungsfreien Automatismus garantieren.

III. Die Verflechtung von Moral und Politik

In der Tat hat Karl Jaspers bereits in seiner Schrift «Die geistige Situation der Zeit» ein solches Bild entwickelt. Grundproblematik ist, formelhaft gesprochen, die wachsende Macht des Anorganischen über das Organische und das Seelisch-Geistige. Der Mensch, jetzt beliebig austauschbar, ist zum Ding und zur Ware geworden. In dem gleichen Zusammenhang lesen wir in der 1958 gehaltenen Rede bei der Entgegennahme des Friedenspreises des deutschen Buchhandels: «Die Analysen der entartenden Demokratie und des Wirtschaftsprozesses in der freien Welt werden von einsichtigen Schriftstellern heute vollzogen, um an unsere Wahrhaftigkeit zu appellieren und die Gegenkräfte in unserer Freiheit wachzurufen².» In diesem Zitat ist Karl Jaspers' politisches Denken in nuce enthalten. Ein Denken, das appellativen Charakter hat und das sich im Medium der Ethik mitteilt. Politische Entscheide werden an sittlichen Forderungen gemessen und nicht am technisch Zweckmäßigen. Mögen noch so raffinierte Strategien das Zusammenleben in Gesellschaft und Staat regeln; letztlich bleiben solche Strategien Mittel zum Zweck. Mit andern Worten: erfahrungswissenschaftlich gewonnene Erkenntnisse und die aus ihnen entwickelte politische Technik haben sich der von «außen» kommenden Zielsetzung unterzuordnen. Das ist der tiefere Sinn der radikalen Unterscheidung zwischen allgemeinverbindlichem, wertfreiem Erkennen und der Heterogenität nur subjektiv zwingender Wertsetzungen. Karl Jaspers hält damit – in der Tradition Max Webers stehend – an der strengen Arbeitsteilung zwischen politischem Beamten- und Führertum fest. Mögen Experten fachwissenschaftliche Gutachten erstellen und mögen Beamte solche technischen Empfehlungen in die Tat umsetzen; das Resultat bleibt stets mitbeeinflusst von der politischen Problemstellung, von Bedürfnissen, Interessen und Werten also, die aus den Prämissen empirisch erforschter Daten nicht eliminiert werden können.

Diese Betrachtungsweise gründet in der erkenntnistheoretischen Voraussetzung einer Trennung von Sein und Sollen, von Wirklichkeit und Norm. In seinem ganzen politisch-philosophischen Denken geht es Jaspers letztlich immer wieder darum, diesen Dualismus zur Geltung zu bringen. Was in einer gegebenen Situation politisch getan

² Hoffnung und Sorge, S. 179

werden soll, das läßt sich aus keinem faktischen Wissen deduzieren. Die Anwendung empirischen Wissens wird umgekehrt Zwecksetzungen unterstellt, die aus rational nicht mehr erhellbaren Willensakten resultieren. Das Rationale beschwört somit konsequenterweise ein Irrationales, wenn an dieser radikalen Trennung zwischen «sachlich Richtigem» und «sittlich Richtigem» festgehalten wird.

Diese ganzen Erörterungen bleiben unverständlich, wenn wir nicht noch einen kurzen Blick auf Jaspers' Freiheits-Begriff werfen, in dem die angedeutete Problematik wurzelt. Solange ich mich nur an Maximen und Vorstellungen orientiere, die ich aus der Einsicht in psychologische, soziologische oder historische Sachverhalte gewonnen habe, handle ich nicht frei, sondern bleibe immer noch den Bedingungen und Gesetzen unterworfen, die in diesen Disziplinen gelten. Freiheit erlangen wir erst im Unbedingten. Solche Freiheit setzt voraus, daß wir uns über alles empirische Erkennen erheben, daß sich die theoretische Vernunft erweitert zur praktischen Vernunft und – um mit Kant zu sprechen – das eingeschränkte Wissen dem Glauben Platz macht.

Es sei hier nun zunächst nach den Konsequenzen dieses Freiheits-Begriffs gefragt. Wo Sein und Sollen, Wirklichkeit und Norm so weit auseinandergerückt sind und einer Vermittlung entbehren, kann nur schwerlich Erkenntnis die Praxis, in unserem Fall das politische Handeln berichtigen oder umgekehrt die Praxis dem Erkennen zu einem neuen Selbstverständnis verhelfen. Alles hängt jetzt von moralischen Energien ab, an die Jaspers immer wieder appelliert und die in der Politik als Korrektiv wirksam werden sollen. So steht denn der Einzelne im Labyrinth der Welt, in dem er sich immer wieder verirrt. Darüber wölbt sich das Reich des sittlichen Willens, in dem es keine konkreten Zwecke mehr gibt, an denen er sich halten könnte. Er ist mit sich allein gelassen, durch nichts in der Welt und durch nichts über der Welt gesichert. Folgerichtig trägt daher das Individuum auch die absolute Verantwortung für sein Handeln, mögen die Bedingungen, unter denen es gestanden hat, noch so ungünstig gewesen sein.

Nun gibt freilich diese Ethik noch keine Anleitung, wie ich in einer bestimmten Situation handeln soll. Wäre dies der Fall, dann ließe sich der Dualismus zwischen Sein und Sollen nicht in dieser Absolutheit aufrecht erhalten; im sittlichen Handeln müßte dann ebenfalls ein rational erhellbares Zweckmoment enthalten sein. Eine solche

Auffassung geriete nun aber mit dem oben skizzierten Freiheits-Begriff in Konflikt. Nun heißt es zwar im Vorwort von «Wohin treibt die Bundesrepublik?»: «Ich urteile sittlich-politisch, das heißt nicht nur nach gesinnungsethischen, sondern nach verantwortungsethischen Gesichtspunkten, die selber . . . in einer Gesinnungsethik gegründet sind³.» – Das verantwortungsethische Moment ist aus der Politik nicht wegzudenken. Der Politiker muß die (voraussehbaren) Folgen seines Handelns in Rechnung stellen. Wo er nur gesinnungsethisch, das heißt nach Maximen handeln würde, die keine Rücksicht nehmen auf die möglichen Konsequenzen, liefe er Gefahr, von faktischen Mächten und Interessen überspielt zu werden. Wo er sich dagegen nur an verantwortungsethischen Leitbildern orientiert, kann er leicht einer opportunistischen Haltung verfallen. Nun legt Karl Jaspers den Akzent deutlich auf das gesinnungsethische Moment. Erst im sechsten Teil des Deutschlandbuches, der die Außenpolitik betrifft, weichen die absolut sittlichen Maßstäbe «realpolitischen» Gesichtspunkten. Das heißt, der Zweck – die Erhaltung des Friedens – rechtfertigt die Mittel, nämlich den Gewaltakt gegen China. Hier weicht der kategorische Imperativ der konkreten Zielsetzung, die ein bestimmtes Verhalten erzwingt.

Zunächst geht es Jaspers aber nicht um einen solchen bestimmten Zweck, sondern um die Frage der politischen Denkungsart. So, wie diese sich heute manifestiert, darin sieht er den Grund, warum die Bundesrepublik Deutschland mit der nationalsozialistischen Vergangenheit immer noch nicht radikal genug gebrochen hat. Die neue Ordnung «ist bisher eine äußerliche der Institution, nicht eine innere des Denkens der Bürger⁴». Das ist ein Kernsatz, den Jaspers in ständig neuen Variationen wiederholt. Die im Argen liegenden politischen Zustände sollen über eine Revolutionierung des Bewußtseins genesen. Nun ist die Umkehr überhaupt der Punkt, zu dem alle politisch-philosophischen Gedanken hinauslaufen und in dem sie konvergieren.

Umkehr ist eine innere Haltung, die des äußeren Anlasses bedarf. In der 1930 geschriebenen «Geistigen Situation der Zeit» waren es Veräußerlichung und Vermassung, die Jaspers veranlassten, an die innere Umkehr zu appellieren. Im Buch über die Atombombe ver-

³ *Wohin treibt die Bundesrepublik?*, S. 6

⁴ *Ibid.* S. 128

sprach er sich einen Gesinnungswandel aus der apokalyptischen Vision einer möglichen Menschheitsvernichtung: «Daß jene Katastrophe als Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit vor Augen steht, ist heute die einzige Chance für die Selbstbesinnung und für die politische Erneuerung und für die Abwehr der Katastrophe⁵.» Und in «*Hoffnung und Sorge*» sowie im neuesten Werk steht die Frage der Schuld im Mittelpunkt, deren Bewußtmachung die sittlich-politische Erneuerung herbeiführen soll. Immer dient solche Erhellung der geistigen Krise als Anlaß für moralische Appelle. Dabei ist Jaspers angesichts des Dunkels, in dem wir uns zu verlieren drohen, stets voller Sorge, aber nie entmutigt. Daß wir im Hinblick auf die mögliche Katastrophe als sittlich-handelnde Individuen aktiv unser Wesen erfüllen, ist seine politische Schicksalsfrage. Wie das aber geschehen soll, bleibt unbestimmt offen. «Wo etwas nicht als Zweck verständigen Willens realisiert werden kann», heißt es in '*Hoffnung und Sorge*', «sondern durch inneres Handeln als Verwandlung geschieht, da kann man nur die unbestimmten umgreifenden Wendungen wiederholen: Erhellung und Durchsichtigwerden im Aufschwung – Liebe zum Menschen⁶.» Darin schwingt die unerbittliche Forderung des Kategorischen Imperativs mit. Wir müssen gut handeln, kennen aber das, was gut ist, nicht als inhaltlich bestimmten Wert. Übertragen wir diesen hohen Maßstab auf das Politische, dann droht er hier freilich unverbindlich zu werden. Wo mir das objektive Zweckmoment fehlt, an dem ich mich aufrichten kann, wo es keinen Fixstern gibt, der – wenn die Welt schon so dunkel sein muß – wenigstens einen schwachen Glanz in diese Nacht wirft, werde ich mich zwar nie mit dem Erreichten und Etablierten versöhnen, und die Spannung bleibt erhalten. Aber ich laufe dafür ständig Gefahr, in der puren Innerlichkeit stehen zu bleiben, radikal im Protest gegen die «Welt», aber im Grunde ohne möglichen Anschluß an diese Welt.

IV. Dialektik von Rationalität und Irrationalität

Damit stehen wir vor der Frage: Bezieht hier vielleicht Karl Jaspers nicht eine Position, die den Dialog mit der Politik zum vornehierin auszuschließen droht?⁷ Genügt jene Dichotomie von Inner-

⁵ Atombombe

⁶ *Hoffnung und Sorge*, S. 142

⁷ Vgl. die Rezension von KURT SONTHEIMER im «*Monat*», Juli 1966

lichkeit und Veräußerlichung, Selbstverwirklichung und Unheil, sittlicher Umkehr und Totalitarismus, in deren Spannungsfeld alle politisch-philosophischen Werke von Karl Jaspers stehen, um unsere geistig-politische Daseinsproblematik zu bewältigen? Gibt es wirklich nur die Alternative: Erneuerung der Politik durch eine Verwandlung der Denkungsart oder aber Katastrophe?

In der Schrift «Die geistige Situation der Zeit» heißt es: «Ich verrate die eigene Möglichkeit, sobald ich aus dem Anderswerden der Zustände erst erwarte, was ich aus mir sein kann. Ich weiche aus, wenn ich auf ein Anderes lege, was an mir liegen könnte; während dieses Andere nur gedeiht, wenn ich selbst werde, wie ich sein soll⁸.» – Der Satz soll kurz veranschaulicht werden. Die Zustände, also die Gesamtheit aller Bedingungen in Wirtschaft, Staat, Kultur usw. sind Produkt unseres Denkens und Handelns. Nun stimmt aber dieses Produkt nicht mehr durchwegs mit unseren Erwartungen, Bedürfnissen und Wünschen überein. Die ganze Wirtschafts- und Staatsmaschinerie steht in Gefahr, unserer Kontrolle zu entgleiten. Als ein Wesen, das sich im Daseinsapparat beliebig auswechseln läßt, erscheint der Mensch heute mehr passives Produkt als Schöpfer der Ordnung. Die Macht ökonomisch und technologisch bedingter Herrschaft läßt ihn seine Ohnmacht fühlen. Angesichts solcher Erniedrigung und Verdinglichung appelliert Jaspers an Kräfte im Menschen, deren Mobilisierung zunächst auf eine Verinnerlichung von Freiheit, Unabhängigkeit und Glück hinauslaufen mag. Das Licht in uns soll die Nacht außer uns verbrennen!

Wie haben wir uns das konkret vorzustellen? Karl Jaspers schließt sich im wesentlichen Max Webers These an, daß die spezifische Form unserer abendländischen Technik und die durch sie bedingte Wirtschafts- und Staatsverfassung in jener rechenhaften Rationalität wurzelt, die Weber folgendermaßen charakterisiert: «Das aber, was dem *modernen* Kapitalismus im Gegensatz zu jenen uralten Formen kapitalistischen Erwerbs spezifisch ist; die streng rationale *Organisation der Arbeit* auf dem Boden *rationaler Technik*, ist *nirgends* innerhalb . . . irrational konstruierter Staatswesen entstanden und konnte dort auch nicht entstehen. Denn dazu sind diese modernen Betriebsformen mit ihrem stehenden Kapital und ihrer exakten Kalkulation gegen Irrationalitäten des Rechts und der Verwaltung viel zu empfindlich⁹».

⁸ Die geistige Situation der Zeit, S. 181

⁹ MAX WEBER: *Gesammelte politische Schriften*, S. 311

Kein Sozialist hat das Unmenschliche, das sich in diesem System mit dem Fortschritt verbindet, krasser formuliert als der klassische Anti-Sozialist Weber. In «Wirtschaft und Gesellschaft» lesen wir im gleichen Zusammenhang: «Die Kapitalrechnung in ihrer *formal* rationalsten Gestalt setzt daher den *Kampf des Menschen mit dem Menschen* voraus¹⁰.» Diese abstrakte Rationalität (dank der es gelingen mag, das materielle Elend abzuschaffen) findet also dort ihre Grenze, wo das Wolfsprinzip, die Konkurrenz aller gegen alle mit unmißverständlicher Schärfe zum Ausdruck kommt. Wir werden in anderem Zusammenhang noch sehen, wie sich letztlich diese Rationalität selbst negiert und ihren eigenen Widerspruch – das irrationale Charisma – aus sich hervortreibt¹¹. Zur Dialektik von Rationalität und Irrationalität hier zunächst nur so viel: Zweck des Systems ist nicht primär die Bedarfsdeckung, sondern diese ist, wie Weber selber sagt, ein dem Profit untergeordnetes Beiprodukt. Wo nun aber fortschreitende Produktivität und Effektivität – um hier das wertgeladene Wort Profit einmal beiseite zu lassen – zum Selbstzweck erhoben worden sind und in alle zwischenmenschlichen Beziehungen hineinwirken, bedarf dieses System eines notwendigen Korrektivs, das selber nicht mehr im Rationalen gründet. Man mag dieses Korrektiv mit den Termini des «philosophischen Glaubens», der «Selbstwerdung», der «Moral» usw. umschreiben. Wichtiger als solche Begriffe ist für unsere Betrachtung das Prinzip: von ihm aus gewinnen letztlich Karl Jaspers' Appelle zur «Umkehr» und zur «Selbstbesinnung» ihren tieferen Sinn. Je offenkundiger zutage tritt, daß sich (abgesehen von der materiellen Güterversorgung) bei den gegenwärtig herrschenden Prinzipien im Wirtschafts- und öffentlichen Leben fundamentale Werte nicht verwirklichen lassen, desto stärker die Trennung von Innerlichkeit und Äußerlichkeit. Eine Trennung, die nicht selten mit der Tendenz verbunden ist, vor den Widersprüchen des Systems die Fahne zu streichen und die Werte von Frieden, Glück, Geborgenheit, Harmonie in dem Reservat des Seelischen anzusiedeln. Es liegt in der Konsequenz dieses Gedankengangs, wenn Karl Jaspers die meisten politischen Probleme mit den Kategorien des moralischen Handelns zu begreifen versucht.

¹⁰ MAX WEBER: *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 49

¹¹ Vgl. den Aufsatz von HERBERT MARCUSE: «*Industrialisierung und Kapitalismus im Werk Max Webers*». In «Kultur und Gesellschaft», Bd. 2.

V. *Hinwendung zum Konkreten*

Nun unterscheidet sich das Werk «Wohin treibt die Bundesrepublik?» von früheren Werken in einem Punkt: Karl Jaspers deutet darin politische Phänomene nicht mehr so ausschließlich aus der moralischen Verfassung der Bürger. Das einfache Bezugssystem von stets partikulärem Erkennen und unbedingtem sittlichem Handeln wird überholt durch ein dynamischeres Denken. Ausgangspunkt bildet freilich auch hier wieder jene moralische Grundhaltung, die Jaspers symptomatisch erscheint für den nicht vollzogenen Bruch mit der national-sozialistischen Vergangenheit. Eine Grundhaltung, die deutlich auch in den von Jaspers analysierten Bundestagsdebatten über die Verjährungsfrage zum Ausdruck gekommen ist. Karl Jaspers nennt das Resultat dieser Debatten einen «billigen Trick», weil die Parteien sich auf einen Kompromiß geeinigt haben in einer Frage, in der es in seinem Verständnis der Sache keinen Kompromiß geben kann.

Die Bundestagsabgeordneten waren dem Problem vornehmlich mit juristisch-politischen Überlegungen begegnet (wenn diese Überlegungen gelegentlich auch in moralisch-weltanschauliche Bekenntnisse verkleidet worden sind). Im Unterschied dazu hat Jaspers die Verjährungsfrage auf ein sittliches Prinzip zurückgeführt und dieses Prinzip damit begründet, es sei zwischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen gegen die Menschheit zu unterscheiden. Der Nazi-Staat hatte planmäßige Ausrottung ganzer Völkergruppen betrieben, sich also des Verbrechens gegen die Menschheit schuldig gemacht. Jaspers spricht in diesem Zusammenhang von einem «historischen Ausnahmezustand» und begründet damit auch seine These: «Für Völkermord gibt es keine Verjährung».

Es wäre nun eine höchst spannende, wenn auch den Rahmen dieses Referats bei weitem sprengende Arbeit, auf die Problematik des historischen Ausnahmezustands näher einzutreten. Wenn ich Karl Jaspers richtig verstehe, so meint er damit vor allem den Bruch in der Kontinuität mit dem Rechtsstaat schlechthin. Das führt uns aber nur zu einem weiteren Begriff, der hier nicht erschöpfend erörtert werden kann. Da jedoch diese Fragen nur indirekt mit unseren weiteren Ausführungen in Zusammenhang stehen, mag der Hinweis auf diese hier nicht im einzelnen erhellte Problematik genügen.

Wesentlich sind die Schlüsse, die Karl Jaspers aus den Verjährungs-

Debatten gezogen hat. Die mangelnde Radikalität, mit der Parlament und Öffentlichkeit der Frage begegnet sind, bestärkten ihn einmal mehr in der Vermutung, daß die Abkehr von der Vergangenheit nicht ernst genug vollzogen worden war. Denn trotz der Verschiebung des Termins um vier Jahre hatte ja der Bundestag die Verjährung im Prinzip anerkannt. Jaspers wertet diesen Sachverhalt als symptomatisch für den Geist und die Tendenzen, welche die Bundesrepublik als demokratischen Staat auch heute wieder in Frage stellen.

Nun kommt in der Analyse der bundesdeutschen Gegenwart, mit der Karl Jaspers an die Verjährungsfrage anknüpft, noch ein weiteres Moment zum Ausdruck, das dieses Werk von den frühern politisch-philosophischen Schriften wenn nicht prinzipiell, so doch graduell unterscheidet: das heißt, die politischen Phänomene werden in ihrer prozeßhaften Entwicklung zu verstehen versucht¹². Zwei Fragen stehen im Zentrum der daran anschließenden Untersuchung: Worin manifestiert sich der analysierte Entdemokratisierungs-Prozeß konkret? Und worin sieht Karl Jaspers die Gründe dieser Entwicklung?

Die Teilnahme des Volkes bei der staatlichen Willensbildung ist gering. « . . . man reduzierte seine Wirkung auf die alle vier Jahre stattfindenden Wahlen¹³. » Ein aktives Eingreifen durch das Referendum ist nicht möglich. Das «konstruktive Mißtrauensvotum» garantiert Stabilität, fördert aber zugleich die politische Spannungslosigkeit. Die Grundrechte, die wirklich demokratische Freiheit gewährleisten, bleiben auf ein Minimum beschränkt. Die eigentliche Herrschaft liegt bei den Parteien. Diese Parteien haben sich aber immer mehr aus Organen des Volkes zu Organen des Staates entwickelt. Das Volk hat nur die Wahl, ihre Programme gutzuheißen oder passiv zu bleiben. Die Parteientscheide, so meint Jaspers, bleiben dem Einfluß der breiten Schichten entzogen. Es fehlt die offene Kommunikation zwischen diesen «Staatsorganen» und der Öffentlichkeit. Die Folge davon ist auch, daß die Erziehung des Volkes zu Freiheit und Mitverantwortung weitgehend ausgeblieben ist.

Statt dem Staat zu dienen, usurpieren heute die Parteien den Staat. Eine echte Opposition gibt es nicht. Jaspers schreibt: «Entweder blieb die Opposition außerhalb, nur ‚gegen‘. Oder sie suchte Anpassung, ein Gleichwerden mit der andern herrschenden Partei, um da-

¹² Vgl. «*Betrachtungen eines Unpolitischen*» von M. v. BRENTANO im «Monat», Juli 1966.

¹³ *Wohin treibt die Bundesrepublik?*, S. 133

durch Stimmen zu gewinnen und zur Macht zu kommen¹⁴.» Und etwas später heißt es: «Ein parlamentarischer Staat, der noch keinen gesetzlich geregelten Machtwechsel durch die Opposition vollzogen hat, ist als demokratischer Staat fragwürdig¹⁵.» – Karl Jaspers befürchtet von der Tendenz zu einer Allparteien-Regierung das schlimmste. Die Kontrolle des Parlaments über die Regierung, die heute schon offenkundige Mängel zeigt, würde in diesem Fall dem gemeinsamen Interesse einer Parteien-Oligarchie weichen. Als Konsequenz der Großen Koalition sieht dann Jaspers die Abschaffung der heutigen Schein-Demokratie zugunsten einer autoritären Diktatur. Die Parteien-Oligarchie bewahrt zwar zunächst «eine Vielheit der Parteien sowohl gegen das Einparteiensystem der Diktatur wie gegen die freie Parteienbildung einer lebendigen Demokratie. Sie schafft die autoritäre Regierung durch eine Minderheit der Staatsbürger, die sich selbst zu Politikern, einem aussichtsreichen Job, ernannt haben. Diese in sich jeweils geschlossene Minderheit beherrscht die überwältigende Mehrheit des Volkes¹⁶.»

Nun kann man ein Übel nur bekämpfen, wo man seine Ursachen kennt. Es wurde weiter oben gesagt, daß Karl Jaspers in seinem neuesten Werk konkreter wird und ein politisches Phänomen nicht mehr ausschließlich aus der moralischen Verfassung der Bürger erklärt. Als bestimmenden Zug, der die Struktur der Bundesrepublik prägt, sieht er die Konsequenzen, die man aus den Erfahrungen mit dem Weimarer Staat gezogen hat. Sicherheit und Stabilität galten von Anfang an als oberste Maximen in der Bundesrepublik; Maximen, die sich nicht zuletzt im Grundgesetz und in den Institutionen niederschlagen haben. Diese Maximen fördern das Restaurative und hemmen das experimentierende Handeln. Die populären Wahlkampf-Schlager «sicher ist sicher» und «keine Experimente» kommen der Reaktion mehr zu gute als der Aktion. In dieser außergewöhnlich starken Bewertung von Sicherheit und Stabilität spiegelt sich nun die verbreitete Meinung, institutionelle Mängel hätten zur Machtergreifung Hitlers geführt. Institutionen und Gesetze, so ist die Konsequenz, sollen daher heute die Wiederholung ähnlicher politischer Abenteuer verhindern.

¹⁴ Ibid., S. 137

¹⁵ Ibid., S. 138

¹⁶ Ibid., S. 139

Diese Haltung ist symptomatisch für die mangelnde Bewältigung der national-sozialistischen Vergangenheit. Jaspers kritisiert diese Haltung zu Recht. Nun bleibt aber auch er bei dieser nur negativen Kritik stehen: «Die Analyse dessen, wie es zu 1933 kam, führt, wie die jedes historischen Ereignisses, ins Unendliche. Welche Zustände vorausgingen, die Vorgeschichte eines Jahrhunderts, die besonderen Umstände, unter denen es dann wirklich vor sich ging, die Menschen, welche sich vorübergehend in die Schlüsselstellungen drängen konnten, bis sie selber wiederum alle beseitigt wurden, – das alles ist ein unerschöpfliches Thema¹⁷.» Damit wird der Sprung erneut vollzogen, nämlich der Sprung in den rigorosen Dualismus von moralischem und erkennendem Handeln, von Freiheit und Determinierung. Historische, soziale, ökonomische Faktoren und Bedingungen, die den Faschismus mitermöglicht haben, werden zwar nicht negiert, aber doch so unendlich relativiert, daß der Grund des Unheils im «Versagen der Menschen in ihrer Freiheit¹⁸» gesehen wird. Die Bewältigung von Vergangenheit und Gegenwart reduziert sich damit neuerdings auf ein *sittliches* Problem.

Karl Jaspers unterstreicht die Gefahr einer Denkweise, die ein historisches Phänomen wie den National-Sozialismus auf eine Kette von Ursachen und Bedingungen zurückführt, aber er unterschätzt meines Erachtens die kaum weniger gefährlichen Konsequenzen einer Auffassung, die ein solches Phänomen aus dem geschichtlichen Zusammenhang herauslöst, isoliert und einseitig als Versagen der Freiheit beurteilt. Wäre die Geschichte nur rational, das heißt im Einzelnen wie im Ganzen als Folge objektiver Momente durchschaubar, dann gäbe es keine Schuldigen, sondern nur Opfer, die nicht genügend Einblick in die Geheimnisse der Ordnung hatten und deshalb auf die falsche Karte setzten. Der Sieger dagegen hätte in jedem Fall ein Alibi. Wo nun aber auf der andern Seite geschichtlich erkennbare Tendenzen und eine Dialektik von Freiheit und Notwendigkeit überhaupt negiert werden, da muß die Interpretation beim «historischen Ausnahmezustand» Zuflucht nehmen. Die offizielle Geschichte wird dann – vielleicht ungewollt – rehabilitiert und das gesellschaftlich-ökonomische System, das dem Faschismus zur Macht verholfen hat, außer Frage gestellt. Wo 1933 als «Dambruch» dargestellt wird, als ein Ereignis, bei dem, wie Jaspers sagt, alles «auf des

¹⁷ Ibid., S. 141f.

¹⁸ Ibid., S. 142

Messers Schneide» stand¹⁹, da rücken sich Dämonisierung und Verharmlosung in unmittelbare Nähe. Das politische Unheil verwandelt sich jetzt in den historischen Verkehrsunfall, dessen Folgen zur Be- und Verurteilung stärker ins Gewicht fallen als die Ursachen. Mit andern Worten: Solange die Kritik am Faschismus nicht einmündet in eine Kritik seiner geistig-politisch-sozialen Herkunft, bleibt seine Bewältigung selbst dann problematisch, wenn der Einzelne seine moralische und metaphysische Mitschuld anerkennt und aus solchem Reuebekenntnis heraus die Umkehr vollzieht.

Das bringt uns zurück zu Jaspers' Analyse der jüngsten politischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. In der Tat werden auch hier öfters Symptome registriert und kritisiert als politisch wirksame Motive. Es ist sicher unbestritten, daß eine einseitige Bewältigung der Vergangenheit, die sich in verfassungsrechtlichen Konzeptionen und im institutionellen Aufbau niedergeschlagen hat, auf die Demokratisierung hemmend wirken mußte. Ähnliches gilt von der Politik Adenauers, die Jaspers heute als innenpolitisches «Verhängnis» kennzeichnet. Aber diese Besonderheiten haben alle jene Tendenzen, die von Karl Jaspers zu Recht kritisiert werden, nur verstärkt, nicht eigentlich ausgelöst. Mangelnde Kontrolle der Regierung durch das Parlament; der Verlust demokratischer Freiheiten, der sich unter anderem darin manifestiert, daß politische Schicksalsfragen nicht vor das Volk kommen; die Verketzerung von unbequemen Intellektuellen durch offizielle Politiker; die fehlende parlamentarische Opposition; die Entfremdung der Parteien von der Gesellschaft – auf alle diese negativen Erscheinungen hat die Bundesrepublik Deutschland heute kein Monopol. Die restaurativen Tendenzen mögen hier aufgrund der erwähnten Bedingungen krasser zur Geltung kommen als anderswo; aber die Probleme sind im großen und ganzen jene, die sich heute in jedem industriell fortgeschrittenen Wohlfahrtsstaat stellen.

Es wäre nun freilich falsch, aus diesen Gründen Karl Jaspers' vehemente Kritik zu verharmlosen. Gezeigt werden soll nur, daß seine im Grunde unpolitischen, philosophisch-moralischen Kategorien die objektiven Faktoren eines Problems oft zu wenig in Rechnung stellen. Ein konkretes Beispiel möge dieses Urteil erhärten: Wenn es weiter oben hieß, ein Staat, der noch keinen gesetzlich geregelten Macht-

¹⁹ Ibid., S. 142

wechsel durch die Opposition vollzogen habe, sei als demokratischer Staat fragwürdig, so orientiert sich Jaspers hier offenkundig am angelsächsischen Vorbild. Er fragt aber nicht nach den geschichtlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, die diese Form von Demokratie hervorgebracht haben. An anderer Stelle lobt Jaspers die schweizerischen Verhältnisse, ohne meines Wissens zu bedenken, daß hier ja gerade das verwirklicht worden ist, was er an den bundesdeutschen Vorgängen so vehement kritisiert: just in der Eidgenossenschaft gibt es, wenn wir so sagen wollen, die «große Koalition» und die Allparteien-Regierung. Die proportionale Aufteilung von Regierungs- und Verwaltungs-Ämtern ist hier geradezu zur Perfektion getrieben.

Damit sei lediglich knapp angedeutet, daß das Problem nicht einfach auf den Gegensatz reduziert werden kann: Gesetzlich geregelter Machtwechsel durch die Opposition oder Integration der Opposition in einem durchproportionalisierten Ordnungsgefüge. Das ist keine Alternative, zwischen der zu wählen ist als zwischen Gut und Böse. Beide Systeme gründen in spezifischen Voraussetzungen; beide sind geschichtlich geworden; und beide orientieren sich an Maximen, die nur unter den jeweils wirksamen Bedingungen gelten, unter denen sie hervorgebracht worden sind.

VI. Volk und Führung

Das Werk «Wohin treibt die Bundesrepublik?» wendet sich in erster Linie an das Volk. Das kommt allein schon in dem einfachen sprachlichen Ausdruck zur Geltung. Die bedingungslose Solidarisierung Jaspers' mit den breiten Schichten gegen die herrschende Parteien-Oligarchie ist in keiner seiner politisch-philosophischen Schriften so radikal ausgesprochen. Im Zusammenhang mit den Notstandsgesetzen wird für den Ernstfall sogar die Revolte gegen die etablierte Ordnung als Möglichkeit in Erwägung gezogen: «Wenn das Volk nicht Krieg führen will – in dieser Situation unserer Zeit –, muß es das Recht und die Möglichkeit haben, zu revoltieren: durch Streiks, durch Gehorsamsverweigerung, durch den Widerstand gegen alle Mächte, die doch nicht helfen, sondern Freiheit und Leben zugleich nehmen²⁰.» Und an anderer Stelle heißt es: «Da das Volk durch das Grundgesetz bisher in seiner unmittelbaren Mitwirkung an

²⁰ Ibid., S. 163

politischen Entscheidungen und an Kontrolle auf das äußerste eingeschränkt ist, so bedarf es ganz besonders der ihm verbliebenen Rechte, vor allem des Streikrechts, das ihm das Grundgesetz nicht versagt, sondern garantiert²¹.» Die Reihe der Beispiele, wie radikal Jaspers sein Anliegen formuliert, ließe sich fortsetzen. Im ersten Augenblick meint man, den Verfasser der «geistigen Situation der Zeit» kaum wiedererkennen zu können. 1930 nämlich zeigte sich Jaspers skeptisch gegenüber der Möglichkeit einer Demokratisierung der «Durchschnittsnatur²⁴». Sein Urteil, es sei die «politische Grundfrage unserer Zeit», ob die Massen eine «Mitverantwortung als Staatsbürger durch Mitwissen und Mitentscheiden» tragen können, war damals voll zweifelnder Bedenken²³.

Eine gründliche Analyse von Jaspers' Schriften zeigt nun aber doch wieder die Kontinuität und den inneren Zusammenhang aller seiner philosophisch-politischen Äußerungen. Wenn er heute sagt: «Man muß das Volk nur frei lassen, es nicht in Parteien an Ketten legen²⁴», unterscheidet sich diese Auffassung nur in Nuancen von entsprechenden Äußerungen in den 30er Jahren. Die Kritik an den heutigen politischen Parteien reflektiert zum Teil den gleichen Geist, der in der Weimarer Republik zum Begräbnis dieser Parteien beigetragen hat. Bei aller stichhaltigen Begründung, mit der Jaspers seine Kritik motiviert, bleibt doch ein Rest von Mißtrauen und affekthaftem Ressentiment.

In diesem Zusammenhang fügt sich die Idee des großen Staatsmannes, der Führerpersönlichkeit. Ein Beispiel mag den Gedanken erläutern: Was sich unter andern politischen Perspektiven von selbst verstand, nämlich, daß die Regierung anläßlich der Debatten über die Verjährungsfrage keine Stellung bezogen hat, ist von Jaspers' Voraussetzungen her gesehen ein schwerwiegender Mangel. Was andere als Beeinflussung des Parlaments aufgefaßt hätten, das qualifiziert er als Abdankung der Regierung gegenüber dem Parlament²⁵. In einer solchen Auffassung äußert sich wieder das selbe politische Selbstverständnis wie in der «geistigen Situation der Zeit». Jaspers' Gedanken kreisen um jenen Menschentypus, der sich kraft seiner

²¹ Ibid., S. 164

²² Die geistige Situation der Zeit, S. 97

²³ Ibid., S. 97

²⁴ *Wohin treibt die Bundesrepublik?*, S. 140

²⁵ Ibid., S. 57

moralischen Energien Autorität über die Massen verschafft. Dieser Typus soll über allen Parteiungen und Weltanschauungen stehen, nicht nach links und nicht nach rechts sehen und nur sich selbst werden. «Demokratie ist ihrem Sinn nach zugleich aristokratisch», heißt es in der neuesten Schrift. «Von dieser sich ständig erneuernden Aristokratie geht der Einfluß auf die Umgebung, beginnend in den kleinsten Kreisen, schließlich auf die gesamte Bevölkerung²⁶.»

In dem Appell an das Volk einerseits und in der prononcierten Betonung eines elitären Geistesadels andererseits liegt eine seltsame Ambivalenz. Kurt Sontheimer bemerkt in einer Rezension im «Monat» treffend: «Max Webers charismatischer Führerbegriff . . . schillert im Hintergrund dieses Denkens²⁷.» Damit begibt sich nun aber Jaspers, objektiv gesehen, selbst wieder in die Nähe einer geistigen Grundhaltung, die er bekämpft und die er, subjektiv, keineswegs billigen würde. Er greift zwar möglichen Mißverständnissen vor, wenn er schreibt: «Weil Adel nur in dem Aufschwung ist, in welchem sich das Sein erringt, kann er *sich nicht selbst das Prädikat geben*. Er ist nicht die Gattung, unter die einer fällt oder nicht fällt, sondern der Mensch überhaupt in der Möglichkeit seines Aufschwungs²⁸.» Gültige Kriterien zur Auslese einer geistes-aristokratischen Elite fehlen also. Aber indem Jaspers – dem Prinzip nach – in sittlich hervorragenden Führer-Persönlichkeiten einen besseren Garanten für die politische Freiheit sieht als in dem heute zugegebenermaßen fragwürdig gewordenen Interessenstreit der Parteien, stärkt das indirekt alle jene latenten Kräfte, die mit dem Niedergang der Parteien auch den Parlamentarismus liquidieren.

VII. Abschließende Bemerkungen

Nicht dem Buchstaben, aber dem Sinne nach richtet sich Karl Jaspers' Kritik freilich weniger gegen die Existenz von politischen Parteien als gegen ihre Bürokratisierung. Diese Interpretation würde mit der weiter oben angedeuteten, von Max Weber entwickelten Trennung von bürokratischem Beamtenapparat und politischer Führung übereinstimmen. Mit einer Trennung also, die wiederum dem erkenntnistheoretischen Dualismus von Sein und Sollen ent-

²⁶ Ibid., S. 139f.

²⁷ KURT SONTHEIMER im «Monat», Juli 1966

²⁸ Die geistige Situation der Zeit, S. 197

spricht. Die nach formal-rationalen Prinzipien funktionierende Bürokratie ist das Schicksal des modernen Staates. In ihrer Struktur gleicht sie weitgehend der kapitalistischen Betriebsform. Nun stößt die Bürokratie allerdings dort an eine Grenze, wo die Politik nicht ausschließlich auf Verwaltung reduziert werden kann, sondern der konkreten Zielsetzung bedarf. Max Weber schreibt in diesem Zusammenhang: «Leicht ist . . . festzustellen, daß ihre Leistungsfähigkeit auf dem Gebiet des öffentlichen, staatlich-politischen Betriebes ganz ebenso wie innerhalb der Privatwirtschaft feste innere Grenzen hat. Der *leitende* Geist: der ‚Unternehmer‘ hier, der ‚Politiker‘ dort, ist etwas ganz anderes als ein ‚Beamter‘²⁹.» In diesem Zitat ist die Problematik des modernen Staates in ihrem Kern getroffen. Dieser Staat bedarf zwar einer alles ordnenden und alles disziplinierenden Bürokratie. Aber die Bürokratie, in der eine zweckfreie Rationalität verkörpert ist, hat noch nirgends einen Orientierungspunkt, ist ziellos, reproduziert nur das Leben in seinem täglichen Einerlei. Je mehr Lebensbereiche sie erfaßt und je mehr sie dadurch an Terrain gewinnt, desto stärker manifestieren sich jene Tendenzen, die nach einer außer- und überbürokratischen Herrschaft drängen. Diese Erfahrung können wir auch bei uns jeden Tag machen. Die Klagen, es werde nur noch verwaltet, nicht mehr regiert, sind ein Indiz für den latenten Antagonismus. Bei Max Weber und bei Karl Jaspers terminiert dieser Antagonismus in einer Art charismatischer Führerpersönlichkeit, die sich zunächst nicht über fachliche Qualifikationen auszuweisen hat, sondern nach a-rationalen Erwägungen primär die Normen politischen Handelns festsetzt.

Diese Dialektik von Bürokratie und Führung, von technischem Apparat und normsetzender Herrschaft, von Rationalität und Irrationalität enthüllt letztlich die antagonistische Grundstruktur der bürgerlichen Gesellschaft. Prinzipiell betrachtet führt uns die Problematik zurück zu deren erkenntnistheoretischem Ursprung. Die Trennung von wertfreier Erkenntnis, die von Qualität und Norm abstrahiert, hat erst die Etablierung unserer modernen Bürokratien ermöglicht. Was diese Bürokratien von anderen historischen Organisationsformen unterscheidet, ist, daß sie einer über und außer ihr stehenden, nicht mehr rationalen Herrschaftsspitze bedürfen. Erst die eingangs erörterte Trennung von Wissenschaft und Politik, an der

²⁹ MAX WEBER: *Gesammelte politische Schriften*, S. 322

Karl Jaspers mit Max Weber festhält, hat das Erkennen frei gemacht für die Akzeptierung von Normen, die selber nicht mehr rationalem Denken unterworfen sind. Damit sind wir auf die wahrscheinlich quälendste Frage gestoßen, mit der ich schließen möchte: Wohin treibt eine Zivilisation, die nicht mehr «im Wissen und Gewissen ihrer Bürger festgemacht» ist³⁰ und in der die von einer wertenden Stellungnahme dispensierte Erkenntnis gefügig geworden ist gegenüber Mächten, von denen sie sich äußersten Falls auch als Dienerin und Opfer beliebiger Zwecke mißbrauchen läßt?

³⁰ JÜRGEN HABERMAS: *Theorie und Praxis*, S. 233